

Familie ist ein Stiefkind der Politik

Kinder sind ein Armutsrisiko, viele Familien kämpfen um die Existenz. Linke und Grüne fordern die Kinderrente, die Bürgerlichen Steuerentlastungen. Kommt endlich eine griffige Familienpolitik?

Von Beat Bühlmann



Natürlich sind sie alle für die Familie. Wer hier zu Lande Politiker wird, hat dieses Wort schnell einmal intus. Doch wo bleibt die Familienpolitik, die diesen Namen auch verdient? Die Schweiz habe die «schlechteste Familienpolitik

in ganz Westeuropa», urteilt Lucrezia Meier-Schatz (CVP), Geschäftsführerin von Pro Familia. Kein anderes Land gebe so wenig Geld für direkte Leistungen an Familien aus, nämlich bescheidene ein Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Schweiz führt auch kein Familienministerium wie andere Länder.

Auch unter den Parteien gilt die Familienpolitik nicht unbedingt als Zugpferd für die Herbstwahlen. So hat die CVP, der herkömmlichen Familienpolitik traditionsgemäss verbunden, von der Lancierung einer Familieninitiative abgesehen. Immerhin haben Sozialdemokraten und Grüne, die sich mit der ideologisch befrachteten Familienpolitik bislang schwer taten, sich erstmals programmatisch damit befasst. Da stecke «sozialpolitischer Zündstoff drin», sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr.

Kinder sind ein Armutsrisiko

Kinder, das wird inzwischen mit Zahlen belegt, beeinträchtigen den Lebensstandard einer Familie nachhaltig. Ein Kind kostet Eltern mit mittlerem Einkommen rund 800 000 Franken, wie eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung errechnete; davon sind 340 000 Franken direkte Kosten, 480 000 machen Lohnausfall oder Kinderbetreuungskosten aus. Das können nicht alle verkraften, besonders junge Familien sind überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. «Das Aufziehen von Kindern in der Schweiz ist zu einem eigentlichen Armutsrisiko geworden», heisst es in einer Studie der Caritas. In der Stadt Zürich beanspruchen Familien mit Kindern immer öfter Unterstützung; jedes 14. Kind wird inzwischen durch die Sozialhilfe unterstützt (TA vom 29. Juni).

Die Kinderzulagen sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Zum einen sind sie mit durchschnittlich 165 Franken völlig unzureichend, zum anderen ist das Verfahren heillos kompliziert. Es existieren in der Schweiz 800 Kassen und 50 verschiedene Gesetze, und für 200 000 Kinder gibt es überhaupt keine Zulagen, weil



ISABELLE MEISTER/AZZURRO MATTO

Kinder sind herzlich, aber sie bringen manche Familie in finanzielle Engpässe.

ihre Eltern (oft allein erziehende Mütter) keinen Anspruch geltend machen können. Versuche, die Kinderzulagen zu vereinheitlichen und auf 400 Franken zu erhöhen, sind bislang gescheitert.

Kinderrente statt Steuerabzüge

Was ist zu tun? «Eine kostendeckende Kinderrente einführen statt Taschengeldzulagen ausrichten», sagt Nationalrätin Franziska Teuscher vom Grünen Bündnis. Soll diese Rente die gesamten direkten Kinderkosten für die Eltern abdecken, müssten für das erste Kind monatlich 600 Franken und für jedes weitere Kind 300 Franken ausbezahlt werden. Heute sei die Abgeltung viel zu gering, konstataren die Grünen in ihren Thesen zur Familienpolitik. Während die Schweiz für die soziale Sicherheit der älteren Generation jährlich über 80 Milliarden Franken aufwende, würden für Eltern mit Kindern nur vier Milliarden aufgebracht.

Auch die Sozialdemokratische Partei verlangt eine existenzsichernde Kinderrente. Das aktuelle System von Kinderzulagen und Steuerabzügen sei «völlig unzureichend». Allerdings will sie die Kinderrente vorerst kostenneutral durch einen Umbau verwirklichen. Das heisst, die bestehenden Mittel (Kinderzulagen, Steuerabzüge) sollen in einem Topf zusammengeführt und dann, unabhängig von der Familienform, an alle ausgeschüttet werden. Laut Nationalrätin Fehr ergäbe dies zurzeit eine Rente von 500 für das erste sowie 250 Franken für jedes weitere Kind. Steuerabzüge, wie sie die bürgerlichen Parteien bevorzugten, seien der falsche Weg, weil sie die gut Verdienen-

den begünstigten. Obschon die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit das Anliegen von Franziska Teuscher mit zwölf zu elf Stimmen unterstützte, ging die Kinderrente bachab.

Am letzten Sessionstag vor der Sommerpause lehnte der Nationalrat die parlamentarische Initiative mit 11 zu 64 Stimmen ab. Zu den schärfsten Gegnerinnen zählte die Freisinnige Christine Egerszegi, die bereits mitgeholfen hatte, die Mutterschaftsversicherung zu bodigen. Die Kinderrente sei kein Generationenvertrag, sondern ein Generationenbetrug, denn diese Renten müssten die Kinder von morgen berappen. Es schaudere sie, wenn sie das Wort Kinderrente höre. «Als Mütter wäre ich praktisch eine Staatsangestellte», sagt Egerszegi.

Sie räumt indes ein, dass Familien heutzutage in finanzielle Bedrängnis kommen könnten. «Alle Familien, die ich kenne, müssen sich einschränken», sagt die FDP-Nationalrätin. Zur Entlastung will sie deshalb die Kinderabzüge bei den Steuern von 5000 auf rund 7000 Franken erhöhen. Eine eigentliche Familienpolitik sei jedoch nicht nötig. Das ist bezeichnend für die FDP. Die Organisation der Familie «als Teil des privaten Lebens obliegt dem Individuum und nicht dem Staat», heisst es im Positionspapier von 1995.

Eine ähnliche Position bezieht die Schweizerische Volkspartei (SVP). «Wir sind strikte gegen Umverteilungsübungen, wie sie die Kinderrente zur Folge hätte», sagt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi. Hingegen müssten die steuerlichen Abzüge für Kinder erhöht und die beruflichen Vorsorge familienfreundlicher gestaltet werden. Die SVP ist jedoch gegen

eine gesamtschweizerische Regelung der Kinderzulagen, auch seien die 150 Franken, die der Kanton Zürich entrichte, ausreichend.

CVP für Familiensplitting

Und was will die Christlichdemokratische Volkspartei? Rosmarie Dormann (CVP, LU), Präsidentin der zuständigen Nationalratskommission, sprach sich zwar für eine Kinderrente aus, denn Kinder stellen «in unserer reichen Schweiz einen Armutsfaktor dar». Aber die CVP-Fraktion stellte sich nicht hinter das Begehren. Von der Familienpolitik werde in der CVP gerne ausführlich gesprochen, sagte Dormann selbstkritisch in einem Interview, doch wenn es um die Finanzierung gehe, «krebse die vielen Familienväter sehr rasch zurück».

Nach dem ernüchternden Nein zur Mutterschaftsversicherung bezeichnet inzwischen auch CVP-Nationalrätin Ruth Grossenbacher, Präsidentin von Pro Familia, die Kinderrente als «unrealistisch». Zudem funktioniere sie nach dem Giessenkannenprinzip. Stattdessen will die CVP die Steuerabzüge für Kinder auf mindestens 7200 Franken erhöhen sowie Abzüge für Ausbildungskosten (10 000 Franken) und externe Kinderbetreuung gewähren. Die CVP befürwortet das Familiensplitting, wie es der Bericht Locher zur Familienbesteuerung vorschlägt. Für Paare mit minderjährigen Kindern werden die Einkommen addiert und dann zum Satz des halben Einkommens besteuert. Allerdings, so Ruth Grossenbacher, müsse noch viel Arbeit geleistet werden, damit endlich wahrgenommen werde, «dass die Familie nicht nur Privatsache ist».